

Antrag 37/I/2022

Jusos

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Freiwilligendienste stärken - Nein zum Pflichtjahr und Ja zu mehr Dienststellen und einer Mindestaufwandsentschädigung

1 Zur Stärkung der Solidargemeinschaft, des bürger-
2 schaftlichen Engagements und nicht zuletzt der De-
3 mokratie braucht es keinen Zwang, sondern viel-
4 mehr Anreize und gerechte Bedingungen. Bundes-
5 weit engagieren sich jährlich tausende, hauptsäch-
6 lich junge Menschen in Freiwilligendiensten wie
7 dem FSJ, dem FÖJ oder dem BFD. Doch ihre Interes-
8 sen finden kaum Gehör. Stattdessen wird eine De-
9 batte über ein Pflichtjahr geführt, die sowohl an der
10 Realität der Freiwilligen als auch an der der vielen
11 Trägerorganisationen vorbei geht.
12 Wir fordern die SPD auf, sich gegen einen Pflicht-
13 dienst und stattdessen für eine Stärkung der Freiwil-
14 ligendienste und eine tatsächliche Verbesserung der
15 Situation der Freiwilligen auszusprechen und einzu-
16 setzen.
17 Dies beinhaltet:
18 Mehr Freiwilligendienststellen
19 Aktuell gibt es jährlich bei weitem mehr Bewer-
20 ber*innen als Plätze für einen Freiwilligendienst.
21 Dies zeigt, dass es nicht am Engagement der jun-
22 gen Menschen fehlt, sondern an einem zufrieden-
23 stellenden Angebot und einer entsprechenden Aus-
24 stattung der Trägerorganisationen.
25 Wir fordern, dass ausreichend Freiwilligendienst-
26 stellen geschaffen und finanziert werden, damit je-
27 de*r, der/die einen Freiwilligendienst absolvieren
28 möchte, die Möglichkeit dazu hat. Die Knappheit der
29 Plätze und die geringe finanzielle Ausstattung der
30 Trägerorganisationen führt insbesondere dazu, dass
31 vergleichsweise immer noch wenige Menschen aus
32 bildungsferneren Schichten angesprochen werden
33 und hauptsächlich Menschen mit höheren Schulab-
34 schlüssen einen Platz für einen Freiwilligendienst
35 erhalten. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt
36 zu stärken, braucht es also zuallererst genügend
37 Dienststellen.
38 Auch Freiwillige haben eine Menschenwürde: Für
39 eine gerechte Mindestaufwandsentschädigung
40 Es ist sehr undurchsichtig, was Freiwillige aktuell
41 als Aufwandsentschädigung erhalten. Fakt ist aber,
42 dass es vielfach nicht zum Leben ausreicht und die

Der Antrag vermengt unterschiedliche Punkte. Es ist mitunter unklar, was die konkrete Forderung ist.

43 Ableistung eines Freiwilligendienstes deshalb oft
44 nur möglich ist, wenn man weiterhin bei den Eltern
45 wohnen kann oder anderweitig familiäre Unterstüt-
46 zung hat.

47 Eine stichprobenartige Untersuchung der Auf-
48 wandsentschädigungen offenbart sehr große
49 Unterschiede je nach Träger und Bundesland (z.B.
50 300 € - 700 €). Die Unterschiede der Höhe der Auf-
51 wandsentschädigungen lassen sich in erster Linie
52 nicht durch die unterschiedlichen Mittel, die den
53 Trägern zur Verfügung stehen, den Unterschieden
54 in den Tätigkeitsfeldern oder den Unterschieden
55 bei den Lebenshaltungskosten in den unterschied-
56 lichen Regionen Deutschlands erklären, Deshalb
57 müssen diese bundesweit fairer und einheitlicher
58 gestaltet werden.

59 Aktuell erhalten Freiwillige für jeden Monat eine
60 Aufwandsentschädigung, welche das Taschengeld
61 und Geldersatzleistungen für Unterkunft und Ver-
62 pflegung beinhaltet. Eine Minderheit der Freiwilli-
63 gen[1]¹ erhält statt der Geldersatzleistung für Unter-
64 kunft eine Wohnung durch die Einsatzstelle gestellt.
65 Für das Taschengeld gibt es dabei eine gesetzlich ge-
66 regelte obere Grenze. Im JFDG und BFDG steht da-
67 zu: *„Angemessen ist ein Taschengeld, wenn es 6 Pro-
68 zent der in der allgemeinen Rentenversicherung gel-
69 tenden Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt.“*
70 Im Jahr 2022 liegt hierbei diese Grenze bei 423€[2]².
71 Diese Grenze darf aber nicht mit der Grenze für die
72 gesamten Aufwandsentschädigungen verwechselt
73 werden, welche es gar nicht gibt, da keine maximale
74 Höhe für die Geldersatzleistungen festgelegt ist. Die
75 geringen Aufwandsentschädigungen der Träger*in-
76 nen sind also nicht mit dieser maximalen Grenze des
77 Taschengeldes zu erklären.

78 Schon in einem Evaluationsbericht der Bundesre-
79 gierung[3]³ wurde die Empfehlung bezüglich der
80 Rahmenbedingungen der Freiwilligendienste ge-
81 stellt, dass Taschengelder angemessener und ver-
82 gleichbarer gestaltet werden sollten. So heißt es:
83 *„Die Höhe des Taschengeldes sollte entsprechend der
84 Regelung in § 2 Nr. 4 b BFDG innerhalb der gleichen
85 Einrichtung, in vergleichbaren Einrichtungen sowie
86 bei vergleichbaren Tätigkeiten unabhängig vom Frei-
87 willigendienstformat gleich sein.“*

88 Aus diesem Evaluationsbericht geht auch hervor,
89 dass sich viele Träger*innen, Einsatzstellen und
90 Freiwillige eine Erhöhung der Taschengelder wün-
91 schen[4]⁴. Nach der Stichprobe scheint es allerdings,

92 dass dies trotz der gestiegenen Lebenshaltungskosten
93 immer noch nicht passiert ist.

94 Darum muss der Gesetzgeber aktiv werden und eine
95 angemessene Mindestaufwandsentschädigung
96 im Jugendfreiwilligendienstgesetz (JFDG) und im
97 Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG) festlegen.
98 Als Mindestmaß könnte die Höhe der Grundsicherung
99 (2022: 449€) die Höhe des BAFöG Höchstsatzes
100 (2020/2021: 861€) oder die Höhe des Gehaltes
101 des Freiwilligen Wehrdienstes (Einstiegsgehalt:
102 1400€) festgelegt werden. Sofern Familienangehörige
103 des/der Freiwilligen ALGII oder zukünftig Bürger*
104 innengeld beziehen, soll die Mindestaufwandsentschädigung
105 nicht auf das Einkommen der Bedarfsgemeinschaft
106 angerechnet werden.

107 Außerdem fordern wir, dass Freiwillige vom
108 Rundfunkbeitrag befreit werden.

109 Freiwillige arbeiten meist Vollzeit und auch wenn
110 sie gesetzlich nicht als Beschäftigte gelten, haben
111 sie eine Menschenwürde, die es zu schützen gilt.
112 Deshalb ist es das Mindeste, dass die Aufwandsentschädigung
113 der Höhe des Bürger*innengeldes entspricht und ihr
114 Existenzminimum sichert. Die Zahlung einer
115 Mindestaufwandsentschädigung kann außerdem
116 dagegen vorbeugen, dass Freiwilligendienststellen
117 geschaffen werden, um den Mindestlohn zu umgehen.

119 Ziel sollte es in jedem Fall sein, allen jungen
120 Menschen einen Freiwilligendienst zu ermöglichen,
121 egal wie deren finanzielle Situation aussieht und
122 ob diese von ihren Familien unterstützt werden
123 oder nicht. Die bisherigen Aufwandsentschädigungen
124 reichen bei den gestiegenen Lebenshaltungskosten
125 für viele junge Menschen nicht aus.

126 Freie Fahrt für Freiwillige: Freiwillige brauchen ein
127 bezahlbares Ticket

128 Aktuell müssen Freiwillige einen Großteil ihres
129 Taschengeldes in Fahrtkosten investieren.

130 Unabhängig von der Frage, ob es eine Nachfolge
131 für das 9-€ Ticket geben wird, fordern wir, dass
132 Trägerorganisationen durch Bund und Land so
133 gestattet werden, dass sie die Fahrtkosten, die
134 den Freiwilligen durch ihre Fahrt zur Dienststelle
135 entstehen, übernehmen.

136 Dies ändert nichts an unserer Forderung nach einem
137 365 € Ticket für alle Auszubildenden und
138 Freiwilligen und langfristig nach einem fahrscheinlosen,
139 beitragsfinanzierten ÖPNV für alle Menschen.

140 [1]⁵ siehe Seite 84 je nach Dienst 1-20% der Freiwilligen

141 gen im Evaluationsbericht³
142 [2]⁶ <https://www.jugendfreiwilligendienst.de/antworten-auf-haeufige-fragen.html>⁷
143
144 [3]⁸ Abschlussbericht der gemeinsamen Evaluati-
145 on des Gesetzes über den Bundesfreiwilligendienst
146 (BFDG) und des Gesetzes zur Förderung von Jugend-
147 freiwilligendiensten (JFDG) von 2015
148 [https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publi-](https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/abschlussbericht-der-gemeinsamen-evaluation-des-gesetzes-ueber-den-bundesfreiwilligendienst-bfdg-und-des-gesetzes-zur-foerderung-von-jugendfreiwilligendiensten-jfdg-96150)
149 [kationen/abschlussbericht-der-gemeinsamen-](https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/abschlussbericht-der-gemeinsamen-evaluation-des-gesetzes-ueber-den-bundesfreiwilligendienst-bfdg-und-des-gesetzes-zur-foerderung-von-jugendfreiwilligendiensten-jfdg-96150)
150 [evaluation-des-gesetzes-ueber-den-](https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/abschlussbericht-der-gemeinsamen-evaluation-des-gesetzes-ueber-den-bundesfreiwilligendienst-bfdg-und-des-gesetzes-zur-foerderung-von-jugendfreiwilligendiensten-jfdg-96150)
151 [bundesfreiwilligendienst-bfdg-und-des-gesetzes-](https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/abschlussbericht-der-gemeinsamen-evaluation-des-gesetzes-ueber-den-bundesfreiwilligendienst-bfdg-und-des-gesetzes-zur-foerderung-von-jugendfreiwilligendiensten-jfdg-96150)
152 [zur-foerderung-von-jugendfreiwilligendiensten-](https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/abschlussbericht-der-gemeinsamen-evaluation-des-gesetzes-ueber-den-bundesfreiwilligendienst-bfdg-und-des-gesetzes-zur-foerderung-von-jugendfreiwilligendiensten-jfdg-96150)
153 [jfdg-96150](https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/abschlussbericht-der-gemeinsamen-evaluation-des-gesetzes-ueber-den-bundesfreiwilligendienst-bfdg-und-des-gesetzes-zur-foerderung-von-jugendfreiwilligendiensten-jfdg-96150)⁹
154 [4]¹⁰ siehe Seiten 259, 262, 264
155

156 **Begründung**

157 Schon 2020 haben wir als Jusos auf dem Bundeskon-
158 gress einen Beschluss zu Jugendfreiwilligendienst-
159 ten gefasst.[1]¹¹ Seitdem hat sich an der Situation der
160 Freiwilligen aber leider nichts verbessert. Stattdes-
161 sen ist nicht nur durch die CDU, sondern teils auch
162 durch Vertreter*innen unserer Partei eine Debatte
163 um einen Pflichtdienst für junge Erwachsene ent-
164 standen. Deshalb ist dieser Antrag als Erneuerung
165 und Erweiterung der Forderungen, die wir vor zwei
166 Jahren angenommen haben, zu verstehen.
167 Unabhängig davon, dass ein Pflichtdienst viele Mil-
168 liarden Euro kosten würde, lehnen wir einen solch
169 schweren Eingriff in die Handlungsfreiheit und in
170 das Selbstbestimmungsrecht der jungen Erwach-
171 senen ab. Junge Menschen engagieren sich schon
172 jetzt sehr vielfältig und es sollte ihnen auch in Zu-
173 kunft freistehen, selbst zu entscheiden, wie und
174 wann sie sich in ihrem Leben engagieren möchten.
175 Gerade vor dem Hintergrund der Coronapandemie,
176 in der besonders der Alltag junger Menschen sehr
177 stark eingeschränkt wurde und ihnen viele Erfah-
178 rungen, die sämtliche Generationen vor ihnen ma-
179 chen durften, unwiederbringlich genommen wur-
180 den, erscheint die Einführung eines Pflichtdienstes
181 widersinnig und völlig aus der Zeit gefallen.
182 Wir halten einen Pflichtdienst im aktuellen System
183 auch nicht für verhältnismäßig. Solange nicht zu-
184 mindest für alle interessierten Freiwilligen eine Stel-
185 le verfügbar ist, sollte gar nicht über eine diskutiert
186 werden.
187 Während diese Debatte jedoch geführt wird, finden
188 die Interessen der Menschen, die gerade einen Frei-
189 willigendienst absolvieren oder Interesse daran ha-

190 ben, in der Öffentlichkeit kaum Gehör. Sie gehen
 191 auch in den Haushaltsverhandlungen meist unter.
 192 Im Gegenteil sieht es danach aus, als würden die
 193 Mittel im nächsten Haushalt weiter gekürzt wer-
 194 den.[2]¹² Deshalb bedarf es einer größeren Aufmerk-
 195 samkeit für die Situation der Freiwilligen und ei-
 196 ner Anerkennung des großen Engagements. Dieses
 197 bringen sowohl die Freiwilligen, aber auch die vie-
 198 len, meist gemeinnützigen Trägerorganisationen,
 199 trotz der aktuell so schlechten Ausstattung auf.

200 Zu Recht wird immer wieder herausgestellt, dass
 201 die Ableistung eines Dienstes für die Gesellschaft
 202 oder für die Umwelt viele wertvolle Erfahrungen be-
 203 schert und zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei-
 204 trägt. Außerdem fördern Jugendfreiwilligendienste
 205 die Bildungsfähigkeit von Jugendlichen und müssen
 206 deshalb auch im Kontext der Bildungsgerechtigkeit
 207 gesehen werden.[3]¹³ Wenn dem aber so ist, darf es
 208 nicht vom Einkommen der Eltern und von sonstigen
 209 sozialen Rahmenbedingungen abhängen, ob über-
 210 haupt, und wenn ja wo, sich ein junger Mensch die
 211 Ableistung eines Freiwilligendienstes leisten kann.
 212 Deshalb brauchen wir neben mehr Dienststellen
 213 vor allem eine gerechte Mindestaufwandsentschä-
 214 digung für alle Freiwilligendienstleistenden.

215 [1]¹⁴ Freie Fahrt für Freiwillige: Jugendfreiwilligen-
 216 dienste stärken – nicht nur in der Mobilität, sondern
 217 insgesamt!¹⁵ - angenommener Antrag beim JuSo Bu-
 218 Ko November 2020

219 [2]¹⁶ <https://www.bundestag.de/dokumen->
 220 [te/textarchiv/2022/kw38-pa-buerg-engagement-](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw38-pa-buerg-engagement-)
 221 [freiwilligendienst-908696](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw38-pa-buerg-engagement-freiwilligendienst-908696)¹⁷

222 [3]¹⁸ §1 JFDG¹⁹

¹#_ftn1

²#_ftn2

³#_ftn3

⁴#_ftn4

⁵#_ftnref1

⁶#_ftnref2

⁷<https://www.jugendfreiwilligendienste.de/antworten-auf-haeufige-fragen.html>

⁸#_ftnref3

⁹<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/abschlussbericht-der-gemeinsamen-evaluation-des-gesetzes-ueber-den-bundes->

¹⁰#_ftnref4

¹¹#_ftn1